



PLANZEICHENERKLÄRUNG / TEXTUELLE FESTSETZUNGEN

TEIL A: PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Baugesetzbuch (BauGB)

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG (§ 1 Abs. 2-9 und § 18 Abs. 5 BauGB)

BAUGEBIETSBEZEICHNUNG Für Art und Maß der baulichen Nutzung und für die Bauweise laut FESTSETZUNGSSCHLÜSSEL

Baugebiet	Nutzungsart	Nutzungsmaß	
		GRZ	GFZ
A	WA	0,3	0,65
B	WA	0,3	0,8
C	WA	0,3	0,8
D	WA	0,3	0,65
E	WA	0,25	0,65
F	WA	0,3	0,8
G	WA	0,25	0,65
H	WA	0,3	0,65
I	WA	0,3	1,05
J	MI	0,4	0,7
K	MI	0,15	0,3

WA ALLGEMEINES WOHNGEbiet (§ 4 BauNVO)
Folgende nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zu-
lässigen Nutzungen nach § 6 Abs. 2 BauNVO:
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.
Einzelhandelsbetriebe sind nur ausnahmsweise zulässig.
Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung
zulässig.

MI MISCHGEbiet (§ 6 BauNVO)
Folgende Nutzungen nach § 6 Abs. 2 BauNVO sind nicht
zulässig (§ 1 Abs. 5 BauNVO):
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.
Einzelhandelsbetriebe sind nur ausnahmsweise zulässig.
Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung
zulässig.

GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 19 BauNVO)

Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen
der in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen
um bis zu 50 vom Hundert überschritten werden.
Darüber hinaus ist eine Überschreitung der Grundflächen
durch Flächen für Tiefgaragen und ihre Zufahrten bis zu
einer Grundflächenzahl von 0,8 zulässig.

GESCHOSSEFLÄCHENZAHL (§ 20 BauNVO)

Die zulässige Geschossumfläche darf durch die Geschossumfläche
der in § 20 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen
um bis zu 50 vom Hundert überschritten werden.
Darüber hinaus ist eine Überschreitung der Geschossumfläche
durch Geschosse für Tiefgaragen und ihre Zufahrten bis zu
einer Geschossumflächenzahl von 0,8 zulässig.

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 20 BauNVO)

Die zulässige Anzahl der Vollgeschosse darf durch die Anzahl der
Geschosse der in § 20 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen
um bis zu 50 vom Hundert überschritten werden.

BAUWEISE, DIE ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN SOWIE STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

BAUWEISE (§ 23 Abs. 2 BauNVO)

Ausnahmsweise kann die Überschreitung von Baugrenzen durch
untergeordnete Bauten (Vordächer, Balkone, Erker,
Wintergärten, Eingangstreppe) u.ä. um bis zu 1,5 m
zugelassen werden.

BAUGRENZE (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

Ausnahmsweise kann die Überschreitung von Baugrenzen durch
untergeordnete Bauten (Vordächer, Balkone, Erker,
Wintergärten, Eingangstreppe) u.ä. um bis zu 1,5 m
zugelassen werden.

STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

**ZULÄSSIGE HAUPT- UND NEBENFRI-
ST- RICHTUNGEN**
Nebengebäude mit anderer Färbung sind unzulässig.
Dachflächen sind anders nicht betroffen.

VERKEHRSLÄCHEN SOWIE VERKEHRSLÄCHEN BESONDERER
ZWECKBESTIMMUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

STRASSENVERKEHRSLÄCHEN
STRASSENABGRENZUNGSLINIE
**VERKEHRSLÄCHEN BESONDERER
ZWECKBESTIMMUNG**
FUSS- UND RADWEG

FÜHRUNG VON HAUPTVERSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die Versorgungsleitungen sind unterirdisch zu führen.

ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die öffentlichen Grünflächen sind unterirdisch zu führen.

PARKANLAGE

SPIELPLATZ

MASSNAHMEN SOWIE FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LÄNDLICHKEIT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

REGENWASSERRÜCKHALTUNG

Das auf den Dachflächen innerhalb des Baugebietes und den sonstigen befestigten Teilen der Baugrundstücke anfallende nicht schädlich verschmutzte Niederschlagswasser ist über ein geeignetes Leitungssystem in dezentrale, auf den Grundflächen gelegene Regenwassersammelanlagen einzuleiten. Alternativ kann weitgehend unversuchtes Niederschlagswasser (z. B. von Dachflächen, Terrassen etc.) unter Berücksichtigung der Halbleitungs- gebietsverordnungen und der örtlichen Untergrundverhältnisse über die befehlende Bodennutzung (z. B. Mulden-Rigolen-Systeme) versickert werden. Das Fassungsvolumen der Regenwasserrückhalteanlagen muss mind. 20 l/m² versiegelte Grundstücksfläche (Gebäude, Erschließungsflächen etc.) betragen. Der Bau von Regenwassernutzungsanlagen ist gem. DIN 19240-Bedingungen vorzunehmen. Die Anlagen sind durch einen Überlauf an das örtliche Entwässerungssystem anzuschließen. Die Entnahme von Brauchwasser (z. B. für Gartenbewässerung) ist zulässig. Das von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließende Niederschlagswasser ist in das öffentliche Entwässerungssystem einzuleiten. Die Entwässerung ist durch einen Überlauf an das örtliche Entwässerungssystem anzuschließen.

BEFESTIGUNG DER GRUNDSTÜCKSFREIFLÄCHEN

Für die befestigten Teile der Grundstücksfreiflächen sind nur wasser- und luftdurchlässige Ausführungen zulässig. Auch Wasser- und Luftdurchlässigkeit wesentlich mindere Befestigungs wie Betonunterbau, Fugenverguss, Asphaltierungen und Betonierungen sind unzulässig. Grundstückszufahrten und Zäune dürfen nur in der erforderlichen Breite befestigt werden.

BEFESTIGUNG DER WEGE

Innere der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Fuß- und Radweg dürfen Fuß- und Radwege nur mit einer wassergebundenen Decke befestigt werden.

FLÄCHEN FÜR BESONDERE ANLAGEN UND VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDESIMMISSIONSSCHUTZ-GESETZES SOWIE DIE ZUM SCHUTZ VOR SOLCHEN EINWIRKUNGEN ODER ZUR VERMEIDUNG ODER MINDERUNG SOLCHER EINWIRKUNGEN ZU TREFFENDEN BAULICHEN UND SONSTIGEN TECHNISCHEN VORKEHRUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Für Schallflächen und Kinderzimmer gelten um 10 dB erhöhte erforderliche resultierende Schalldämmmaße. Die erforderlichen Schalldämm-Maße sind in Abhängigkeit vom Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raums zur Grundfläche des Raums nach Tabelle 9 der DIN 4109 zu korrigieren. In Räumen, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden und in schutzbedürftigen Räumen mit sauerstoffverbrauchender Energiequelle, ist durch den Einbau von Lüftungseinrichtungen für ausreichende Belüftung zu sorgen. Die DIN 4109 kann im Rathaus Bad Nauheim eingesehen werden. Es können Ausnahmen von den genannten Festsetzungen zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass insbesondere an gegenüber den Lärmquellen abgesehen oder den Lärmquellen abgewandten Gebäudeteilen - geringere Schalldämmmaße erforderlich sind.

Lärmpegelbereich	erforderliches resultierende Schalldämm-Maß R _w res des Außenbauteils in dB	Büroräume und ähnliches
III	35	30
IV	40	35
V	45	40

BAUKORPERLEISTUNG

Anliegendergrenzende Gebäude bzw. Gebäudeteile mit unterschiedlicher Traufhöhe oder unterschiedlicher Firsthöhe müssen durch einen Vor- oder Rücksprung der Fassade um mindestens 0,3 m markiert werden.

DACHFORM UND DACHNEIGUNG

Anliegendergrenzende Gebäude bzw. Gebäudeteile mit gleicher Dachform und Dachneigung sowie eine hinsichtlich Material, Form und Farbe einheitliche Dachgestaltung aufweisen.

In den Baufeldern B bis I sind nur Flachdächer mit max. 10° Dachneigung zulässig. Im Baufeld A sind auch geneigte Dächer bis max. 40° zulässig.

DACHGESTALTUNG

Dachflächen dürfen nicht breiter als 2,5 m sein. Die Gesamtbreite mehrerer Giebeln darf 1/3 der jeweiligen Traufhöhe nicht überschreiten.

DACHBECKUNG

Für geneigte Dächer sind als Dachdeckung Ziegel- und Betondachsteine in den Fertigkeiten oder auf andere Weise als Dachdeckung zulässig; eine große, leuchtende oder spiegelnde Materialwahl bzw. Farbgebung ist unzulässig.

FASSADENGESTALTUNG

Für die Fassadengestaltung der Hauptgebäude, Nebengebäude und Garagen sind oberhalb des Sockels allgemein nur folgende Materialien und Farben zulässig:

- Putz / Sichtmauerwerk / Naturstein mit heller Farbgebung (weiß bzw. hell gelblich)
- Ziegel- bzw. Klinkermauerwerk in Sand / weißgrau / hellocker ohne maschinelle Narbung.

Untergründete Bauteile und der Sockel sowie sonstige Nebenanlagen können eine andere Material- und Farbgestaltung erhalten. Zulässig sind:

- Naturstein.
- Holz in wetter oder kräftiger Farbgebung (blau, rot, grün).

Große, leuchtende oder spiegelnde Materialien, Beschichtungen bzw. Farbgebungen sind allgemein unzulässig. Doppelhäuser und Hausgruppen sind hinsichtlich Material und Farbgebung einheitlich zu gestalten.

SOCKEL

Stufenmäßig darf die Oberkante des Sockels höchstens 0,50 m über der mittleren Höhenlage der Grenze zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und Baugrundstück liegen.

WERBEANLAGEN

Werbeanlagen sind nur an Gebäuden zulässig und dürfen den Erdgeschossbereich nicht überschreiten. Werbeanlagen dürfen im WA eine Größe von 0,5 x 0,5 m und in MI eine Größe von 1 x 1 m nicht überschreiten. Leuchtschilder, Lichtwerbung sowie Werbeanlagen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind unzulässig.

ANTENNEN

Antennen sind grundsätzlich nur innerhalb der Gebäude und Nebenanlagen zulässig, soweit es sich nicht um Gemeinschaftsantennen handelt.

2. VORSCHRIFTEN ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDRUNGEN (§ 81 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

Entlang der Grenzen zu öffentlichen Verkehrsflächen sind folgende Einfriedungen auch in Kombination zulässig:

- Hecken bis 1,0 m Höhe, mit ausschließlich standortgerechten und gebietsüblichen Laubbgehölzen, in Kombination mit Zäunen bis 1,0 m Höhe;
- Mauern bis 0,5 m Höhe, Mauerpfeiler bis 1,0 m Höhe in zulässigen Materialien und Farben der Fassadengestaltung, Holzlatenzäune mit senkrechter Latung bis insgesamt 1,0 m Höhe.

Entlang der übrigen Grenzen sind Hecken aus Laubbgehölzen sowie Zäune bis 1,5 m Höhe in Kombination mit Hecken oder sonstigen Strauchbepflanzungen zulässig.

3. VORSCHRIFTEN ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDRUNGEN (§ 81 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

GESTALTUNG DER STELLPLÄTZE, ZUFAHRTEN, WEGE- UND HOFPLÄCHEN

Für die Befestigung der Stellplätze, Zufahrten, Wege- und Hofflächen ist ausschließlich ein wasser- und luftdurchlässiger Aufbau zulässig.

Mülltonnen / Mülltonnenplätze / Lagerplätze / Abfallplätze sind mit einem festen Schuttschutz und zusätzlicher Befestigung zu umgeben.

ANZAHL DER STELLPLÄTZE

In den Baufeldern A bis I sind mindestens 1,2 Stellplätze pro Wohneinheit herzustellen.

In den Baufeldern B bis I sind Stellplätze zu mindestens 75 % in Tiefgaragen unterzubringen.

TEIL C: NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON ANDEREN GESETZLICHEN VORSCHRIFTEN GETROFFENEN FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

HEILQUELLENSCHUTZGEBIET

Der gesamte Geltungsbereich liegt im Heilquellenschutzgebiet Bad Nauheim, und zwar in der qualitativen Zone III B bzw. quantitativen Zone B 2 des mit Verordnung vom 10. März 1984 festgesetzten Heilquellenschutzgebietes Bad Nauheim. Die Sicherheitsvorschriften dieser Schutzzone (§ 3 der Verordnung) sind zu beachten.

TEIL D: HINWEISE

Teil einer Gesamtanlage (Ensemble), die dem Denkmalschutz unterliegt.

TEIL D: HINWEISE

Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109, Nachtzeitraum 8 m d. Gr.

In den Bereichen der Baugruben A bis E, J sowie K westlich westlichen geplanten Baugrenzen sind zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Gärten und Freizeiteile nicht zulässig.

Die Bebauung in den Baugruben A bis E hat in den Baufeldern, die direkt an der westlichen Bebauungsgrenze angrenzen, so zu erfolgen, dass entlang der westlichen Baugrenzen dieser Baufelder jeweils ein durchgehender, geschlossener Baukörper mit mindestens zwei Vollgeschossen entsteht.

In den Baufeldern an der westlichen Bebauungsgrenze in den Baugruben A bis E, J sowie K sind nur Wohnungen zulässig, die durch eine entsprechende Grundrissorientierung mindestens über einen schutzbedürftigen Aufenthaltsraum an der lärmgeordneten ruhigen Ostfassade verfügen.

GEbiet, in demEN BESTIMMTE, DIE LUFT ERHEBLICH BEINTRÄCHTIGENDE STOFFE NICHT VERWENDET WERDEN DÜRFEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist für die Wärmeversorgung (Beheizung und Warmwasserversorgung) allgemein nur die Fernwärmeversorgung und die Verwendung von Erdgas zugelassen. Die Verwendung anderer Brennstoffe ist zulässig, wenn diese zur Wärmeversorgung eingesetzt werden. Je Wohnung ist die Verwendung von festen Brennstoffen mit einer Feuerstelle (offene Kamine, Kaminöfen, Kachelöfen) und höchstens 5 kW Nennleistung zugelassen.

ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN, BINDUNGEN. FÜR BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

ALLGEMEINE PFLANZFESTSETZUNGEN:

ANRECHNUNG VON ANPFLANZUNGEN

Auf die "Allgemeinen Pflanzfestsetzungen" sind nur anrechenbar:

- Bepflanzungen, die nach "Besonderen Pflanzfestsetzungen" auf den Grundstücken anzupflanzen sind sowie
- bestehende oder unzuplanfanzende Gehölzpflanzungen.

GRUNDSTÜCKSFREIPLÄCHEN

Die entsprechend der festgesetzten GRZ nicht überbaubaren bzw. nicht für Nebenanlagen gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO oder Stellflächen nutzenden Grundstücksflächen sind als Vegetationsflächen anzulegen und auf Dauer gärtnerisch zu unterhalten.

MINDESTBEPFLANZUNG DER STELLPLÄTZE

Stellplätze sind mit Bäumen und Sträuchern z.B. gemäß der Empfehlung der Pflanzliste zu bepflanzen. Anlagen mit mehr als 4 Stellplätzen sind durch mindestens 1,5 m breite Pflanzstreifen so zu gliedern, dass maximal 4 Stellplätze zusammengefasst sind. Je 4 Stellplätze ist mindestens ein hochstämmiger Laubbbaum mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm zu pflanzen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen.

DACHBEGRÜNUNG

Flächdächer bis zu einer Neigung von 10°, die nicht als Terrassen genutzt werden, sind mit Ausnahme von technischen Einrichtungen, Beleuchtungs- und Belüftungsanlagen extensiv zu begrünen.

EINFRIEDRUNGEN

Für heckentypische Einfriedungen sind ausschließlich Laubbgehölze zulässig.

TOA-ERDABDECKUNG

Tiefgaragen und Tiefgarageanteile außerhalb der Umfassungswand von Gebäuden sind mit einer Erdschicht von mindestens 60 cm zu überdecken und zu begrünen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten. Dies gilt nicht für Tiefgaragenanteile, die durch Terrassen, Stellplätze, Zufahrten, Plätze oder Wege überdeckt werden.

BESONDERE PFLANZFESTSETZUNGEN:

ANPFLANZUNG VON HOCHSTÄMMIGEN LAUBBÄUMEN AUF VERKEHRSLÄCHEN

In der Dieseldieselstraße sowie in der Wiselshelmer Straße sind beidseitig in durchschnittlich 20 m Abstand hochstämmige Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm zu pflanzen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen.

FLÄCHE FÜR ANPFLANZUNG / PFLANZSTREIFEN

Die Flächen zum Anpflanzen mit der Bezeichnung A sind je angefangene 100 m² mit einem hochstämmigen standortgerechten Laubbbaum mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm zu bepflanzen. Innerhalb der Fläche A ist pro 1 m² Fläche mindestens ein standortgerechter Strauch in einer Qualität von 60/100 cm zu pflanzen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen.

FLÄCHE FÜR ANPFLANZUNG / WOHNHÖFE

Die Flächen zum Anpflanzen mit der Bezeichnung B sind gärtnerisch anzulegen und je angefangene 150 m² mit einem hochstämmigen standortgerechten Laubbbaum mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm zu bepflanzen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen. Die Errichtung von Plätzen, Wegen und Spielplätzen ist zulässig.

Die Verpflanzung Laubbäume zu pflanzen gilt nicht, wenn unter den Flächen zum Anpflanzen mit der Bezeichnung B eine Tiefgarage angeordnet ist.

FLÄCHE FÜR ANPFLANZUNG / PFLANZSTREIFEN AN VERKEHRSLÄCHEN

Mit Ausnahme der notwendigen Zugänge und Wege sind die Flächen zum Anpflanzen mit der Bezeichnung C gärtnerisch anzulegen und zu 50 % mit Sträuchern zu bepflanzen.

SONSTIGE PLANZEICHEN

MIT GEH.; FAHR- UND LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Auf das Grundstück mit den Flurstücksnummer 6 ist ein mindestens 3 m breiter Streifen mit einem allgemeinen Geh- und Leitungsrecht zu Gunsten der Stadtwerke Bad Nauheim zu belasten.

TEIL B: BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 4 BauGB und § 81 HBO

SÄCHLICHER GELTUNGSBEREICH

Die Vorschriften sind anzuwenden bei Neubauten, Umbauten, Erweiterungen und Instandsetzungsarbeiten für bauliche Anlagen, Einfriedungen, Kfz-Stellplätze und Grundstücks-freiflächen.

Den Vorschriften unterliegen neben den baugenehmigungspflichtigen Maßnahmen nach § 54 HBO auch sämtliche genehmigungsfreie Maßnahmen nach § 55 und § 56 HBO.

1. VORSCHRIFTEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG UND BESONDERE ANFORDERUNGEN AN BAULICHE ANLAGEN (§ 81 Abs. 1 und 2 HBO)

BAUKORPERLEISTUNG

Anliegendergrenzende Gebäude bzw. Gebäudeteile mit unterschiedlicher Traufhöhe oder unterschiedlicher Firsthöhe müssen durch einen Vor- oder Rücksprung der Fassade um mindestens 0,3 m markiert werden.

DACHFORM UND DACHNEIGUNG

Anliegendergrenzende Gebäude bzw. Gebäudeteile mit gleicher Dachform und Dachneigung sowie eine hinsichtlich Material, Form und Farbe einheitliche Dachgestaltung aufweisen.

In den Baufeldern B bis I sind nur Flachdächer mit max. 10° Dachneigung zulässig. Im Baufeld A sind auch geneigte Dächer bis max. 40° zulässig.

DACHGESTALTUNG

Dachflächen dürfen nicht breiter als 2,5 m sein. Die Gesamtbreite mehrerer Giebeln darf 1/3 der jeweiligen Traufhöhe nicht überschreiten.

DACHBECKUNG

Für geneigte Dächer sind als Dachdeckung Ziegel- und Betondachsteine in den Fertigkeiten oder auf andere Weise als Dachdeckung zulässig; eine große, leuchtende oder spiegelnde Materialwahl bzw. Farbgebung ist unzulässig.

FASSADENGESTALTUNG

Für die Fassadengestaltung der Hauptgebäude, Nebengebäude und Garagen sind oberhalb des Sockels allgemein nur folgende Materialien und Farben zulässig:

- Putz / Sichtmauerwerk / Naturstein mit heller Farbgebung (weiß bzw. hell gelblich)
- Ziegel- bzw. Klinkermauerwerk in Sand / weißgrau / hellocker ohne maschinelle Narbung.

Untergründete Bauteile und der Sockel sowie sonstige Nebenanlagen können eine andere Material- und Farbgestaltung erhalten. Zulässig sind:

- Naturstein.
- Holz in wetter oder kräftiger Farbgebung (blau, rot, grün).

Große, leuchtende oder spiegelnde Materialien, Beschichtungen bzw. Farbgebungen sind allgemein unzulässig. Doppelhäuser und Hausgruppen sind hinsichtlich Material und Farbgebung einheitlich zu gestalten.

SOCKEL

Stufenmäßig darf die Oberkante des Sockels höchstens 0,50 m über der mittleren Höhenlage der Grenze zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und Baugrundstück liegen.

WERBEANLAGEN

Werbeanlagen sind nur an Gebäuden zulässig und dürfen den Erdgeschossbereich nicht überschreiten. Werbeanlagen dürfen im WA eine Größe von 0,5 x 0,5 m und in MI eine Größe von 1 x 1 m nicht überschreiten. Leuchtschilder, Lichtwerbung sowie Werbeanlagen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind unzulässig.

ANTENNEN

Antennen sind grundsätzlich nur innerhalb der Gebäude und Nebenanlagen zulässig, soweit es sich nicht um Gemeinschaftsantennen handelt.

2. VORSCHRIFTEN ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDRUNGEN (§ 81 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

Entlang der Grenzen zu öffentlichen Verkehrsflächen sind folgende Einfriedungen auch in Kombination zulässig:

- Hecken bis 1,0 m Höhe, mit ausschließlich standortgerechten und gebietsüblichen Laubbgehölzen, in Kombination mit Zäunen bis 1,0 m Höhe;
- Mauern bis 0,5 m Höhe, Mauerpfeiler bis 1,0 m Höhe in zulässigen Materialien und Farben der Fassadengestaltung, Holzlatenzäune mit senkrechter Latung bis insgesamt 1,0 m Höhe.

Entlang der übrigen Grenzen sind Hecken aus Laubbgehölzen sowie Zäune bis 1,5 m Höhe in Kombination mit Hecken oder sonstigen Strauchbepflanzungen zulässig.

3. VORSCHRIFTEN ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDRUNGEN (§ 81 Abs. 1 Nr. 3 HBO)

GESTALTUNG DER STELLPLÄTZE, ZUFAHRTEN, WEGE- UND HOFPLÄCHEN

Für die Befestigung der Stellplätze, Zufahrten, Wege- und Hofflächen ist ausschließlich ein wasser- und luftdurchlässiger Aufbau zulässig.

Mülltonnen / Mülltonnenplätze / Lagerplätze / Abfallplätze sind mit einem festen Schuttschutz und zusätzlicher Befestigung zu umgeben.

ANZAHL DER STELLPLÄTZE

In den Baufeldern A bis I sind mindestens 1,2 Stellplätze pro Wohneinheit herzustellen.

In den Baufeldern B bis I sind Stellplätze zu mindestens 75 % in Tiefgaragen unterzubringen.

TEIL C: NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON ANDEREN GESETZLICHEN VORSCHRIFTEN GETROFFENEN FESTSETZUNGEN gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

HEILQUELLENSCHUTZGEBIET

Der gesamte Geltungsbereich liegt im Heilquellenschutzgebiet Bad Nauheim, und zwar in der qualitativen Zone III B bzw. quantitativen Zone B 2 des mit Verordnung vom 10. März 1984 festgesetzten Heilquellenschutzgebietes Bad Nauheim. Die Sicherheitsvorschriften dieser Schutzzone (§ 3 der Verordnung) sind zu beachten.

TEIL D: HINWEISE

Teil einer Gesamtanlage (Ensemble), die dem Denkmalschutz unterliegt.

TEIL D: HINWEISE

Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109, Nachtzeitraum 8 m d. Gr.

In den Bereichen der Baugruben A bis E, J sowie K westlich westlichen geplanten Baugrenzen sind zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Gärten und Freizeiteile nicht zulässig.

Die Bebauung in den Baugruben A bis E hat in den Baufeldern, die direkt an der westlichen Bebauungsgrenze angrenzen, so zu erfolgen, dass entlang der westlichen Baugrenzen dieser Baufelder jeweils ein durchgehender, geschlossener Baukörper mit mindestens zwei Vollgeschossen entsteht.

In den Baufeldern an der westlichen Bebauungsgrenze in den Baugruben A bis E, J sowie K sind nur Wohnungen zulässig, die durch eine entsprechende Grundrissorientierung mindestens über einen schutzbedürftigen Aufenthaltsraum an der lärmgeordneten ruhigen Ostfassade verfügen.

GEbiet, in demEN BESTIMMTE, DIE LUFT ERHEBLICH BEINTRÄCHTIGENDE STOFFE NICHT VERWENDET WERDEN DÜRFEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist für die Wärmeversorgung (Beheizung und Warmwasserversorgung) allgemein nur die Fernwärmeversorgung und die Verwendung von Erdgas zugelassen. Die Verwendung anderer Brennstoffe ist zulässig, wenn diese zur Wärmeversorgung eingesetzt werden. Je Wohnung ist die Verwendung von festen Brennstoffen mit einer Feuerstelle (offene Kamine, Kaminöfen, Kachelöfen) und höchstens 5 kW Nennleistung zugelassen.

ANPFLANZUNGEN VON